

## Presseinformation vom 20. Oktober 2020

---

### Meine Meinung: Streiks zur Abwehr der Gewerkschaftskrise

Streiks sind rechtlich legal. Sie leiten sich vom Grundrecht auf Koalitionsfreiheit ab.

In den öffentlichen Medien wird jedoch zunehmend hinterfragt, ob Streiks zu dieser Zeit auch legitim oder gar unklug sind. Die öffentliche Meinung zeigt angesichts der tiefen Wirtschaftskrise und tausender wegbrechender Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft immer weniger Verständnis dafür, dass Beschäftigte im Öffentlichen Dienst mit relativ sicheren Jobs unbeeindruckt ihr Tarifprogramm durchziehen. Schlagzeilen wie: „Wer jetzt die Krankenhäuser bestreikt, der kennt keine Verantwortung“, beeindrucken ver.di nicht. Als gäbe es keine Krise oder wäre eine Krise der Anderen.

Doch diese „Anderen“, die Krisengeschüttelten, die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter sind ebenfalls Öffentlichkeit, also die eigentlichen Arbeitgeber der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Diejenigen, die den öffentlichen Dienst mit Steuern, Gebühren, Eintrittspreisen, Tickets und Beiträgen bezahlen. Und sie werden bestreikt in der Krise für aus der Zeit gefallene Forderungen der Privilegierten mit krisenfesten Jobs. Dass das moralisch nicht legitim ist, erkennen auch die ver.di-Funktionäre.

Haben die Arbeitgeber die Streiks provoziert, weil sie in der Krise nicht bereit waren, ver.di den Verzicht auf die Kündigung der Tarifverträge mit pauschal 1.500 € pro Arbeitnehmer abzukaufen? Nein, auch dieser Deal hätte nicht in die Krisenzeit gepasst, wäre schlecht für die Öffentlichkeit gewesen, hätte auch von den Krisengeschüttelten bezahlt werden müssen. Das war politisch nicht zu verantworten. Ver.di hatte es dennoch in der Hand, jetzt die Tarifverträge nicht zu kündigen und stattdessen über eine realistische Übergangslösung zu verhandeln. Die Chance wurde verpasst. Wenn Tarifverträge kündbar sind, werden sie gekündigt. Das war schon immer so. Das ist ein Ritual.

Mit Streiks dem Mitgliederverlust entgegenwirken.

Aber auch die Gewerkschaften sind in der Krise. Immer mehr – vor allem jüngere - Beschäftigte wenden sich von den Gewerkschaften ab und sind nicht mehr bereit, den alten Ritualen zu folgen. „Mitgliederverlust“ heißt die Krise der Gewerkschaften – ganz besonders bei ver.di.

Was hilft? **„Organisieren am Konflikt - Tarifaueinandersetzungen und Mitgliederentwicklung im Dienstleistungssektor“** von Andrea Kocsis, Gabriele Sterkel und Jörg Wiedemuth ist das Standardwerk, das bei ver.di Wege aus der Krise zeigen soll. Dort wird anhand vieler Beispiele der Zusammenhang zwischen „Mitgliederentwicklung und Eintrittsverhalten in Arbeitskämpfen“ erläutert. Quintessenz: **Bloß keinen Streik auslassen, denn jeder Streik stärkt die Mitgliederbasis.**

Das ist aus Sicht der Mitgliederorganisation „ver.di“ verständlich.

Aber ist das wirklich ein legitimes Ziel, um die Öffentlichkeit in Krisenzeiten für weltfremde Forderungen in Haft zu nehmen?

Klaus-D. Klapproth

*Der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) Brandenburg ist der Arbeitgeberverband für die Kommunen und kommunalen Unternehmen im Land Brandenburg und regelt die Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten. Der KAV Brandenburg schließt selbst oder im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) Tarifverträge. Mehr als 500 kommunale Arbeitgeber mit nahezu 80.000 Beschäftigten werden vom KAV Brandenburg vertreten.*

**Pressekontakt:** Geschäftsführer Klaus-D. Klapproth, Telefon: (0331) 747180, E-Mail: klapproth@kav-brandenburg.de